



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

IV-21 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXV. GP



Beratungen des Hauptausschusses in Angelegenheiten der Europäischen Union

(Auszugsweise Darstellung)

Mittwoch, 08. März 2017

Beratungen des Hauptausschusses in Angelegenheiten der Europäischen Union

(Auszugsweise Darstellung)

XXV. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 08. März 2017

Tagesordnung

5574/17

Tagung des Europäischen Rates (9./10. März 2017)

– Entwurf der erläuterten Tagesordnung

(130865/EU XXV.GP)

Zukunft der Europäischen Union

Dass sich die Europäische Union weiterentwickeln muss, war unter den Parlamentsfraktionen evident, nicht aber, in welche Richtung sich die Union bewegen soll.

In Hinblick auf die von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker vorgestellten fünf möglichen Reformmodelle sagte **Bundeskanzler Christian Kern**, dass ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten mit der Eurozone oder dem Schengen-Raum bereits Realität sei. Voranzutreiben ist für Kern außerdem die Soziale Agenda innerhalb der Union, wozu etwa der Kampf gegen Lohn- und Sozialdumping gehört. Österreich sei jedenfalls an einem schnellen Einigungsprozess interessiert.

Außenminister Sebastian Kurz verteidigte seinen Vorstoß, die Subsidiarität der Nationalstaaten zu stärken. Junckers äquivalentes Szenario 4, nämlich "Doing less more efficiently", bedeute nicht gleichzeitig weniger Europa.

Kurz zeigte sich im Ausschuss zuversichtlich, dass Österreich durch seinen EU-Vorsitz 2018 einen wesentlichen Beitrag zur Weiterentwicklung der Union leisten kann. Sein Plan, die Subsidiarität zu stärken, werten die **Grünen** als populistischen Pfad. Für die **NEOS** wiederum bedeutet es, die Europäische Union zurückbauen zu wollen, wie **Rainer Hable (N)** klarmachte.

Die Frage sei, in welchen Bereichen EU-Kompetenzen vertieft oder bereinigt werden, meinte **Werner Kogler von den Grünen**. "Wenn nur die Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik in den Stellungnahmen übrig bleibt, ist das zu wenig", so der Abgeordnete in Richtung Kurz. Er würde bei einer Harmonisierung der Wirtschafts- und Steuerpolitik ansetzen. Ohne diesen Schritt, "können wir früher oder später die Währungsunion rückabwickeln". Zudem würde die bloße Aufrechterhaltung des Binnenmarkts aus seiner Sicht nur dazu führen, das soziale Gefälle in Europa zu vergrößern. Sein **Fraktionskollege Bruno Rossmann** argumentierte ähnlich. Das wirtschafts- und fiskalpolitische Setting der EU muss aus seiner Sicht dringend in Frage gestellt werden.

Beim Thema EU-Finanz- und Wirtschaftspolitik bzw. insbesondere im Zusammenhang mit dem EU-Vorhaben, die Bankenunion möglichst rasch zu vollenden, äußerte sich das **Team Stronach** kritisch. Österreich dürfe nicht für die Banken-Misswirtschaft in anderen Ländern zur Kassa gebeten werden, meinte etwa **Waltraud Dietrich**.

Zum Populismus-Vorwurf Koglers meinte der **Außenminister**, dass mehr Subsidiarität nicht gleichzeitig weniger Europa, sondern mehr Fokussierung bedeuten würde. Ein Mehr an Europa braucht es für den Außenminister etwa im Bereich der Steuerflucht, im Freihandel oder in der Wettbewerbsfähigkeit.

Für die **FPÖ** steht wiederum fest, dass eine weitere Zentralisierung der EU nicht helfen wird, die Probleme in Europa zu bewältigen. Die Eurozone habe etwa katastrophale Folgen nach sich gezogen, wie **Johannes Hübner** sagte. Beispielsweise würden sich die positivsten Entwicklungen in jenen Ländern zeigen, die sich von der Eurozone ferngehalten hätten. In Sachen Migration betreibt die EU aus seiner Sicht zudem "Propaganda für die Masseneinwanderung". Zu glauben, dass ein Mehr an Europa alle Probleme von selbst löse, sei Realitätsverweigerung.

EU-Migrationspolitik

In der grundsätzlichen Frage, wie die Flüchtlingssituation in Europa gelöst werden kann, bekräftigte Kurz seinen Zugang, AsylwerberInnen, die etwa im Mittelmeer aufgelesen werden, in afrikanische Länder zurückzustellen und dort zu versorgen bzw. das "automatische Weiterwinken" nach Mitteleuropa zu beenden. Ägypten hat sich mit diesem Vorgehen bereits einverstanden erklärt, Kurz erwartet sich auch mit anderen nordafrikanischen Ländern Kooperationen. Im Fall der vereinbarten EU-Kooperation mit Libyen meinte Bundeskanzler Kern, dass für Österreich eine menschenrechtskonforme Behandlung von Flüchtlingen in den libyschen Auffanglagern wichtig sei. Geht es nach Petra Bayr (S), sollte vermehrt auf Entwicklungspolitik bzw. konkrete Hilfe vor Ort gesetzt werden.

Für Kurz muss der Fokus in der Asylpolitik in Zukunft auf die Mittelmeer-Route gelegt werden, hier ist laut Angaben des Außenministers ein Flüchtlingsanstieg von 20% zu verzeichnen. "Flüchtlingsrouten verlagern sich eben. Diese Menschen lösen sich nicht in Luft auf", meinte dazu die Grüne Menschenrechtssprecherin Alev Korun. Sie fordert vom Außenminister eine nachhaltige Flüchtlingspolitik, zur Zeit gehe es in Richtung Abschottung, die mit dem Begriff des Grenzschutzes beschönigt werde. Kurz entgegnete wiederum, dass es sich bei der Aussage, die Flüchtlingsrouten würden sich verlagern, um eine faktenbefreite Argumentation handle. Bei den Menschen, die über die Mittelmeerroute kommen, handelt es sich nach seinen Informationen nicht um AsylwerberInnen aus Syrien oder Afghanistan, wie das auf der Balkanroute der Fall gewesen ist.

Beziehungen zur Türkei

Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen und der immer schlechter werdenden Menschenrechtssituation in der Türkei sprach sich der **Bundeskanzler** für eine klare Positionierung der EU gegenüber der Türkei aus. Das heißt für Kern, den EU-Flüchtlingsdeal zwar aufrecht zu erhalten, aber gegenüber der Türkei die Einhaltung der Grund- und Menschenrechte einzufordern. Europa hat aus seiner Sicht aufgrund von ausländischen Direktinvestitionen und finanzieller europäischer Unterstützung eine starke Position gegenüber der Türkei. Schwer angeprangert wurde vom Bundeskanzler zudem die Verhaftung des deutsch-türkischen Journalisten Deniz Yücel.

Laut **Außenminister** werden in der Türkei auch ÖsterreicherInnen an der Ausreise abgehalten oder inhaftiert. "Die Situation ist untragbar", so Kurz. Geht es nach **FPÖ-Klubchef Heinz Christian Strache**, sollte über den Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen nachgedacht werden. Gegenüber der Türkei vermisst er einen konsequenten Kurs der EU. **Josef Cap (S)** würde ein gemeinsames Signal aller 27 EU-Mitgliedsländer als sinnvoll erachten.

Kern als auch **Kurz** betonten vor den Abgeordneten außerdem ihre ablehnende Haltung gegenüber Wahlkampfauftritten türkischer PolitikerInnen in Österreich bzw. in Europa. **Abgeordneter Werner Amon (V)** glaubt nicht daran, die gesamte Union zu einer gemeinsamen Position gegen türkische Wahlkampf-Auftritte bringen zu können.

Was den vom Bundeskanzler jüngst geäußerten Vorstoß zur Kürzung der finanziellen Unterstützung für mittel- und osteuropäische Länder, die sich weiterhin einer Aufnahme von Flüchtlingen widersetzen, betrifft, meinte **Kern**, dass Solidarität in Europa keine Einbahnstraße sein könne. Es gehe nicht an, finanzielle Unterstützung anzunehmen, eigene Verpflichtungen innerhalb der Union aber abzulehnen. Zweifel an den Vorhaben hat **Reinhold Lopatka (V)**. Aus seiner Sicht müsste dafür erst das entsprechende EU-Regelwerk geändert werden.

Gegenüber der Kritik von **NEOS-Abgeordnetem Rainer Hable**, wonach der jüngst von der Regierung beschlossene Beschäftigungsbonus für heimische Arbeitskräfte eine Zurückstellung der europäischen Idee bedeute, stellte **der Bundeskanzler** klar, dass es sich dabei um keinen "Österreich zuerst-Vorschlag" handle. Es gehe ihm schlichtweg darum, konsequent gegen die Arbeitslosigkeit vorzugehen. Die Sorge Hables, es handle sich hierbei um eine Malträtierung der europäischen Grundfreiheiten, teilt der Bundeskanzler nicht.

Geht es um die Kooperation mit dem Westbalkan sagte **Kern**, dass Beitrittsperspektiven für diese Region konkret und spürbar bleiben sollten. Ein Rückzug Europas gilt es aus seiner Sicht zu vermeiden, v.a., was Beitrittsverhandlungen mit Serbien betrifft. **Christine Muttonen (S)** wertete es als positiv, den Westbalkan in der Union nicht aus den Augen zu verlieren. Es handle sich dabei etwa mit Blick auf die Beziehungen zwischen Serbien und dem Kosovo um eine gesellschaftspolitisch fragile Region.

Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Die beschlossene Einrichtung einer Militärischen Planungs- und Durchführungs-Kapazität (MPCC) in der Union ist dem **Außenminister** zufolge ein "wichtiger Schritt in Richtung mehr Zusammenarbeit". Für Österreich, als neutraler und kleiner Staat, würden aber besondere Rahmenbedingungen gelten, ein mehr an Zusammenarbeit bedeute aber ein mehr an Sicherheit. Sollte der Schutz der Außengrenzen Griechenland und Italien überlassen werden, sieht Kurz den Schengen-Raum in Gefahr.

Bedenken gegenüber einer Beteiligung Österreichs an einem EU-Militärzentrum haben die **Freiheitlichen**. Österreich müsse neutral bleiben, so **Strache**, dieser Grundsatz sollte sichergestellt werden. Eine zentralistisch geführte EU-Armee sei abzulehnen, meinte Fraktionskollege **Reinhard Eugen Bösch**. Die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik müsse Österreich zwar ein Anliegen sein, Entscheidungen müssten aber in Wien gefällt werden können.

